

 Das Blatt der Deutschen Bürgerinitiative 

Herbst 1978 — Nr. 3 — Unkostenbeitrag

EIN EINZIG VOLK VON BRÜDERN



FRIEDRICH VON SCHILLER
1759—1805

EIN Zeitgenosse sagte von Schiller, wenn er nur die Schreibfeder zuschneide, sei er bereits größer als alle übrigen Dichter; nichts habe ihn eingeengt, nichts den Flug seiner Gedanken herabgezogen; und Goethe schrieb die Verse: „Hinter ihm im wesenlosen Scheine, lag, was uns alle bändigt, das Gemeine." — Diese sittliche Größe, erfüllt von Freiheitsliebe und vom Glauben an die moralische Kraft des Menschen, die Reinheit seiner Persönlichkeit und seines heroischen Werkes hatten eine erzieherische Macht über den Menschen, wie sie keinem Dichter je beschieden war. Ihr verdanken die Deutschen die Erweckung ihres Nationalgefühls.

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Wir wollen frei sein wie die Väter waren; lieber den Tod, als in der Knechtschaft leben. Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.

Ist die Einigkeit und Liebe eines Volkes jemals ergreifender geschildert, ist das Freiheitsideal je glühender beschworen worden als in diesen Worten des großen Freiheitsdichters Schiller im Drama WILHELM TELL?

Dies ist die wahre Verfassung des deutschen Volkes – und nicht irgendein Fetzen Papier, den man nach einem verlorenen Krieg unter dem Druck der Sieger aufgesetzt hat. Zum Teufel mit dem Grundgesetz – es lebe Schiller! Seine Worte sind mächtiger, heiliger und tiefer als irgendeine geschriebene Verfassung der Erde. Solange diese Glut in unsern Herzen brennt, brauchen wir keine Magna Carta, keine Bill of Rights, keine Verfassung und erst recht kein Grundgesetz. Vor allem aber brauchen wir keine Juristen, keine Gerichte, die über die Auslegung streiten, Haare spalten und den Sinn ins Gegenteil verkehren.

Denn die Rechte eines Volkes werden ihm nicht gegeben, sie werden nicht beschlossen. Sie hängen unveräußerlich droben in den Sternen. Und wenn kein anderes Mittel mehr gegeben ist, dann greifen wir nach ewigem Naturrecht zum Schwert und holen uns, was uns gehört. Das war die Überzeugung Schillers und aller großen Männer.
Wir brauchen keine verbrieften Rechte wie die Angelsachsen. Wir brauchen keinen Gesetzeskanon wie die Römer und Franzosen. Wir brauchen keine Phrasen von Demokratie und Menschenrechten wie die Amerikaner. Wir wollen nur schlicht und einfach sein ein einzig Volk von Brüdern. Das ist mehr als alles Gerede von Rechtsstaatlichkeit.

Verzicht auf Verfassung?

Brüder brauchen keine Verfassung, um zusammen zu leben. Und wenn sie sich zerstreiten und auf Paragraphen berufen, ist ihre Einigkeit sowieso dahin und kann durch kein geschriebenes Recht je wieder hergestellt werden. Wenn die Glut der brüderlichen Liebe und des unbändigen Freiheitswillens erloschen ist, kann sie kein Jurist und keine

Menschenrechtskommission wieder entfachen; das können nur Freiheitshelden wie Schiller oder Jahn, die für ihre Überzeugung ins Gefängnis geworfen wurden.
Ist das unrealistisch? Kann ein moderner Industriestaat auf eine geschriebene Verfassung verzichten?

Natürlich kann er das. Was haben uns denn die ganzen Verfassungen gebracht? Die ganze sogenannte "Rechtsstaatlichkeit" der westdeutschen Besatzungszone hat uns den perfekten, allgegenwärtigen Polizeistaat und das Ende unserer Kultur beschert.
Uns Deutschen würde es viel besser gehen, wenn es kein Grundgesetz, keine DDR-Verfassung, keinen österreichischen Staatsvertrag und kein "Paket" für Südtirol gäbe, auf die man sich berufen kann, nach denen zu leben man mit Waffengewalt gezwungen wird. Es wäre besser, wenn der unselige Zustand der Zerrissenheit nicht juristisch übertüncht worden wäre, wenn man sich mit dem Unerträglichen nicht arrangiert, sondern den Willen wachgehalten hätte, sich in keiner Not und Gefahr zu trennen.
Es wäre besser gewesen, wenn die Vertriebenen jede Mitarbeit in der westlichen Besatzungszone verweigert hätten, solange dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wird, solange die Besatzung im Land ist. Die einzige Forderung der Vertriebenen hätte die Wiedervereinigung aller deutschen Stämme sein müssen, statt sogenannte Gewaltverzichtserklärungen abzugeben. Wer anfängt, das Unerträgliche zu ertragen, schmiedet seine eigenen Ketten.
Es wäre besser für unser Volk und die Welt gewesen, wir hätten jede Wiederaufrüstung abgelehnt, solange noch ein deutscher oder verbündeter Soldat im Gefängnis sitzt oder diskriminiert wird. Ist denn niemandem die Schändlichkeit bewußt geworden, daß man es wagt, deutsche Soldaten für einen neuen Krieg vorzubereiten, während man ihre Väter noch für den letzten bestraft? Die Väter haben immerhin noch für das gesamte Vaterland gekämpft. Diese Rechtfertigung hat kein Soldat in einem neuen Krieg. Wie kann er vor der Geschichte, vor seinem Volk bestehen?

Abzug aller Besatzungstruppen

Wir sollten sein ein einzig Volk von Brüdern und uns auch nicht von Besatzungsmächten trennen und aufeinander hetzen lassen. Hätten wir damit nicht allen anderen unglücklichen gespaltenen Ländern ein Vorbild und eine Ermutigung sein können?

Aber verteidigen wir nicht die Freiheit? – Zum Teufel mit einer verlogenen Freiheit, die mich zwingt, auf meinen Bruder, Vetter oder Schulkameraden zu schießen, nur weil er zufällig bei Kriegsende 20 km weiter östlich wohnte. Kann ein Volk sich so verblöden lassen und in diesen Wahnsinn hineinsteigern?
Wir wollen wieder frei und ohne Besatzungsmächte sein wie die Väter waren. Zum ersten Mal in der Geschichte gibt es nicht einen einzigen Quadratmeter Erde, auf dem Deutsche sich selber regieren – ohne Besatzung und Einmischung von außen. Müßte dieser Zustand nicht jedem freiheitsliebenden Menschen den Zorn in die Adern treiben? Und dennoch wagen es gewisse Besatzungspolitiker, diese Rechtlosigkeit als den Höhepunkt unserer Geschichte zu feiern.

Aber kommen nicht die bösen Russen, wenn die Amerikaner abziehen? Gegenfrage: Wenn die Russen so böse sind, warum werden sie dann laufend von den Amerikanern unterstützt? Warum haben die Russen Österreich geräumt? Warum marschieren sie nicht in Finnland ein?

Natürlich sollen alle Besatzungsmächte abziehen. Aber einer muß den Anfang machen. Und uns Deutschen kann es gleichgültig sein, wer zuerst geht. Hauptsache, sie gehen. Wenn wir sie nicht auffordern, bleiben alle mit unserer Zustimmung hier und wir bleiben ewig geteilt und versklavt und müssen unter der ständigen Drohung eines Atom-Bruderkrieges leben.
Soll dieser unwürdige Zustand ewig andauern, nur weil wir uns an westlichen Wohlstand gewöhnt haben? Sollen wir darüber unsere Brüder vergessen? Wäre es nicht besser, mit ihnen Not und Härte zu teilen, statt ohne sie im westlichen Sumpf körperlich und kulturell zu verkommen?

Sie meinen nur ihr Vergnügen

Ich gebe mit Wonne alle Errungenschaften der sog. "freiheitlich – demokratischen Grundordnung" hin, wenn ich wieder mit meinen Brüdern jenseits der Elbe zusammenleben kann, als ein Volk – ohne Fremdarbeiter, ohne Pornographie und ohne Rauschgift.
Aber besteht nicht die Gefahr, daß wir kommunistisch werden? Diese Gefahr besteht im Westen mindestens genau so. – Gibt es nicht heute schon viel mehr Kommunisten im Westen als im Osten? Wo herrscht denn mehr Gleichmacherei, kommunistische Anarchie, klassenlose Gesellschaft? Wo gibt es die größeren Kolchosen: in Russland oder USA?

Und sollte nicht über jeder Nützlichkeitserwägung das einfache Bekenntnis stehen: "Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen?" Die meisten, die von Freiheit reden, meinen doch nur ihren Lebensstandard und ihr Vergnügen.
Alle, die von Wirtschaftswachstum reden, sind Feinde der Wiedervereinigung. Denn ihnen ist ihr voller Bauch lieber als Einigkeit und Recht und Freiheit. Wer die Wiedervereinigung will, muß den Wohlstand fahren lassen – oder umgekehrt. Man kann nicht beides gleichzeitig haben, jedenfalls nicht im Augenblick. –

Wofür werden wir uns entscheiden?

M. Roeder

Kanzler: Bei Gebietsreformen wurde unendlich gesündigt

„In vielen Fällen geringere Bürgernähe die Folge"

Bonn (dpa) Bundeskanzler Schmidt hat die kommunalen Gebietsreformen, die „Planungseuphorie" und den „Gesetzgebungsperfektionismus" in der Bundesrepublik scharf angegriffen.

Auf der Mitgliederversammlung des deutschen Städte- und Gemeindebundes sagte der Kanzler am Donnerstag in Bonn an die Adresse aller Parteien, bei den Gebietsreformen „ist in unendlicher Weise gegenüber dem Bürger gesündigt worden".
Entfremdung von Millionen von Bürgern gegenüber der Obrigkeit und die Zerstörung historisch gewachsener Gemeinden und oft auch geringere Bürgernähe und weniger Überschaubarkeit seien in vielen Fällen die Folgen.

Zu der Kritik der Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes Schmitt-Vockenhausen und Waffenschmidt an einer zunehmenden Abhängigkeit der Gemeinden durch den wachsenden Planungs- und Gesetzesdschungel rief Schmidt die Gemeinden auf, „sich öffentlich und konkret zu wehren", wenn ihnen Zumutungen auf den Tisch gelegt würden. „Gesetzgebungs-, Verordnungs- und Erlaßperfektionismus sind im Begriff, das Leben zu ersticken", räumte der Kanzler ein.

Ihr scheinheiligen Heuchler! Wer hat Euch denn mit der Reform beauftragt? Das Volk bestimmt nicht! Überall habt Ihr gegen den ausdrücklichen Willen der Betroffenen gehandelt. Der Beweis ist der feige und hinterhältige Überfall auf die nordbayrische Gemeinde Ermershausen. Eine Gemeinde, die den Bundeskanzler beim Wort nahm und sich "öffentlich und konkret" wehrte, wie dieser es empfohlen hatte. Dabei kam es sogar zu einer blutigen Schlacht zwischen der Polizei und einer aufgebrachten Menschenmenge. Mehrere Frauen erlitten Nervenzusammenbrüche. Es herrschte regelrecht ein bürgerkriegsähnlicher Zustand.

Was war geschehen, das den Kanzler Schmidt derart Lügen straft?:

Fortsetzung Seite 4

Impressum:
"Der Wind schlägt um" ist keine gewerbliche und auf geschäftlichen Gewinn ausgerichtete Zeitung. Das Blatt dient zur Aufklärung und macht mit Sinn und Ziel sowohl der "Deutschen Bürgerinitiative e.V.", als auch mit der "Freiheitsbewegung Deutsches Reich" vertraut.
Finanzierung: Frei und nur durch Spenden.
Journalistische Mitarbeiter: Freie und ohne Bezahlung.
Satz und Druck: Freie Mitarbeiter ohne Lohn.
Verantwortlich: Rechtsanwalt Manfred Roeder, Haus Richberg, 3579 Schwarzenborn/Knüll
Spenden und Unkostenbeiträge erbeten auf:
Postscheckkonto Frankfurt/Main DBI 193 55 – 600

Freiheitsbewegung  Deutsches Reich

GRUNDSATZERKLÄRUNG

Nach Rücksprache mit dem letzten rechtmäßigen Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, Großadmiral Dönitz, und nach geltendem Völkerrecht besteht Einigkeit darüber:

1. Das Deutsche Reich ist nicht untergegangen, sondern besteht fort.

2. Am 8. Mai 1945 hat nur die Deutsche Wehrmacht kapituliert. Reich und Regierung wurden davon rechtlich nicht berührt, sondern nur in ihrer Handlungsfähigkeit durch Gewalt behindert. Auch die Besetzung des Reichsgebietes hat an dieser Rechtslage nichts geändert.

3. Alle Eingriffe der Alliierten in deutsche Angelegenheiten, vor allem die Absetzung der Reichsregierung und die Einsetzung von neuen Teilregierungen (Österreich, Westdeutschland, Mitteldeutschland), waren und bleiben nichtig, weil unter Zwang und damit völkerrechtswidrig.

4. Die Besetzung und Abtrennung von Reichsgebiet war und bleibt nichtig und hat am rechtlichen Bestand des Staates, wie er bei Kriegsende bestand, nichts geändert.

5. Rechtlich besteht nur ein Waffenstillstand. Ein Friedensvertrag kann nur mit einer Krieg führenden Partei, nämlich der Reichsregierung geschlossen werden. Bei Handlungsunfähigkeit des Reiches ist kein Friedensschluß möglich - ein unerträglicher Zustand!

6. Die sog. Bundesrepublik ist kein Staat der Deutschen, sondern ein Verwaltungsprovisorium der Alliierten. Es gibt kein Staatsvolk von Bundes- oder DDR-Bürgern; es gibt nur Deutsche, die durch Siegergewalt und -Willkür auseinandergerissen wurden. Oberster Souverän dieser sogenannten Staatsgebilde, die nichts als Waffenstillstandsschöpfungen sind, ist nicht das deutsche Volk, sondern es sind die alliierten Regierungen, die sich jederzeit das 'Recht' gewaltsamer und willkürlicher Eingriffe vorbehalten haben. Deshalb kann die Bundesrepublik niemals Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches sein - trotz aller Feststellungen des sogenannten Bundesverfassungsgerichts.

7. Das sog. Grundgesetz ist keine Verfassung, sondern ein Organisationsstatut für eine Übergangszeit. Es wurde vom deutschen Volk weder in Auftrag gegeben noch beschlossen, sondern vom Sieger (General Clay) befohlen, gegen den geschlossenen Widerstand der Befehlsempfänger, der ebenfalls von den Siegern eingesetzten Regierungschefs der von den Siegern geschaffenen 'Länder'. Das Grundgesetz enthält keine unabdingbaren Rechte, sondern nur Lizenzen der Sieger, die jederzeit aufhebbar sind.

8. Alle sog. Wahlen haben an dieser Rechtslage nichts geändert, weil sie unter Besatzung und unter Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechts stattfinden, also gar keine Wahlen sind, sondern nur Akklamationen für die von den Siegern vorgeschriebenen 'Spielregeln'. Kein Deutscher hat die Möglichkeit, sich gegen die Interessen der Feindstaaten (mit denen immer noch Kriegszustand herrscht) zu betätigen.

9. Jeder Deutsche, der für das Reich eintritt, wird unbarmherzig verfolgt, ganz gleich, ob in der DDR, BRD oder in Österreich. Das allein beweist die Unfreiheit aller Deutschen und daß keines dieser drei künstlichen Besatzungsgebilde Nachfolger des Reiches sein kann.

10. Die Spannungen und Probleme der Nachkriegszeit können nur überwunden werden durch einen gerechten Friedensvertrag, nicht durch ein Diktat wie in Versailles! Ein 33-jähriger Waffenstillstand ohne Friedensregelung ist eine Ungeheuerlichkeit und Verletzung der Menschenrechte sowie Menschenwürde für ein ganzes Volk. Dadurch wird jeder echte Neuanfang unmöglich gemacht. - Voraussetzung für den Abschluß eines Friedensvertrages ist die Wiederherstellung des Deutschen Reiches und die Bildung einer freien deutschen Regierung.

Diese auf dem Boden des allgemein anerkannten Völkerrechts beruhenden Feststellungen wurden im wesentlichen bereits im Juli 1945 von Großadmiral Dönitz im Namen der Reichsregierung getroffen und sind niemals angezweifelt oder widerrufen worden.

Der Großadmiral als einzig verfassungsmäßiger Vertreter des Deutschen Reiches will das Amt des Staatsoberhauptes aus Altersgründen nicht mehr beanspruchen. Er hat dem Sprecher des Reichstages zu Flensburg, Rechtsanwalt Manfred Roeder, schriftlich erklärt, daß dieser befugt sei, daraus die rechtlichen und politischen Konsequenzen zu ziehen.

Das geschieht hiermit durch folgenden Aufruf:

AUFRUF

Um den unerträglichen Zustand eines 33-jährigen Waffenstillstands zu beenden, einen gerechten Frieden vorzubereiten und der unheilvollen Entwicklung dreier reichsfeindlicher, auseinanderstrebender 'Staatsgebilde' auf deutschem Boden Einhalt zu gebieten übernimmt die

FREIHEITSBEWEGUNG DEUTSCHES REICH

am 33. Jahrestag der Verhaftung der letzten deutschen Regierung, am 23. Mai 1978, die Reichsverweserschaft.

Von diesem Tag an vertritt die FREIHEITSBEWEGUNG das Deutsche Reich, das durch die Kapitulation der Wehrmacht nicht untergegangen, sondern in seiner Handlungsfähigkeit nur mit Gewalt gehindert worden ist.

Da die Reichsregierung nicht mehr besteht und niemand anders befugt und willens war, für das Reich zu handeln, übernimmt die FREIHEITSBEWEGUNG die vorläufige Vertretung für eine Übergangszeit bis zur Bildung einer freien deutschen Regierung.

Die FREIHEITSBEWEGUNG DEUTSCHES REICH wurde auf dem Reichstag zu Flensburg 1975 gegründet. Als ihr Sprecher wurde Manfred Roeder einstimmig gewählt.

Einziges Ziel der FREIHEITSBEWEGUNG ist es: Bedingungen zu schaffen, unter denen eine wirklich unabhängige deutsche Regierung gebildet werden kann.

Dazu ist vor allem nötig: Abzug aller Besatzungstruppen sowie Aufhebung der Feindstaatenklauseln der UNO, die es jedem Kriegsgegner erlauben, ohne Begründung in deutsche Angelegenheiten einzugreifen. Erst in einem freien Land kann sich eine freie Meinung bilden, können freie Entschlüsse gefaßt werden. Ohne Erfüllung dieser Bedingungen bleibt Deutschland in würdeloser kolonialer Abhängigkeit der Sieger.

Die Erringung der Freiheit hat Vorrang vor Verfassungs- und Weltanschauungsfragen!

Nur ein freies, unbesetztes, wiedervereinigtes Deutsches Reich kann Frieden schließen und mit anderen Völkern in guten Beziehungen stehen. Nur ein solches Reich kann zuverlässige und langfristige Politik treiben. Nur ein solches Reich ist ein zuverlässiger Partner. Auf dem gegenwärtigen Zustand der Zerrissenheit kann kein Frieden und keine gerechte Ordnung entstehen. Niemals wird sich das deutsche Volk damit abfinden.

Die Integration deutscher Landesteile in Ost- und Westblöcke macht jede Wiedervereinigung unmöglich, ist mit dem Begriff der Selbstbestimmung und Würde eines Volkes unvereinbar und auf das schärfste abzulehnen. Die Einverleibung Deutschlands in andere Machtblöcke ist brutaler Imperialismus und Neokolonialismus.

Wir fordern ein wiedervereinigtes, neutrales Deutsches Reich mit guten Beziehungen zu allen Nachbarn. Erst Deutschlands Einheit - dann europäische Zusammenarbeit! Einen umgekehrten Weg gibt es nicht!

Wir lehnen jedes Bündnis und jede Verteidigungsplanung ab, die auf der Teilung Deutschlands aufbaut und aus unserem Land eine atomare Wüste zu machen droht. Eine solche Verteidigung hat ihren Sinn und ihre Berechtigung verloren. Auch über die Verteidigung deutschen Landes hat nur eine freie, gesamtdeutsche Regierung zu entscheiden, nicht die Erfüllungsgehilfen alliierter Besatzungspolitik.

⟶

Die Unterstellung deutscher Soldaten unter das Kommando fremder und antideutscher Mächte ist mit der Souveränität und Würde unseres Volkes unvereinbar. Niemals darf es einen selbstmörderischen Bruderkrieg geben. Ein politisch andersdenkender Deutscher steht mir immer noch näher als ein amerikanischer Jude oder ein sowjetischer Funktionär. Niemals darf Deutschland wieder das Schlachtfeld anderer Machtgruppen werden wie im 30-jährigen Krieg!

Wir haben weder die Demokratie noch den Sozialismus zu verteidigen, die uns nach einem verlorenen Krieg von den Siegern aufgezwungen wurden. Wir haben keine sogenannte 'Freie Welt' und keine sog. 'sozialistischen Brudervölker' zu verteidigen, die uns bis heute die elementarsten Rechte vorenthalten, antideutsche Hetze betreiben und die Spaltung verewigen.

Wir Deutschen kämpfen für unser Vaterland und seine Freiheit - und sonst nichts auf der Welt!

Wir rufen die Völker der Welt, den Kampf des deutschen Volkes um sein Selbstbestimmungsrecht zu unterstützen. Im selben Maße machen wir uns zum Verbündeten aller Unterdrückten und Entrechteten.

Wir rufen alle Deutschen in aller Welt, den Freiheitskampf um unser Volk zu ihrer vordringlichsten Aufgabe zu machen, überall Zellen der FREIHEITSBEWEGUNG zu bilden und sich über die künstlichen Grenzen hinweg zusammenzufinden.

Was für alle anderen selbstverständlich ist, fordern auch wir: Ein freies Vaterland für alle Deutschen. Augenblicklich gibt es nicht einen einzigen Flecken auf der Erde, wo Deutsche allein zu bestimmen haben. Alle Deutschen leben entweder unter Besatzung, fremder Regierung oder Bedrohung. Wie lange noch sollen wir diesen unwürdigen Zustand der Rechtlosigkeit und Unterdrückung ertragen?

Deutsche, wacht auf! Ihr habt nur die Ketten eurer eigenen Angst und Unterwürfigkeit zu verlieren. Freiheit, Recht und Ehre sind lebenswichtiger als Wohlstand, Fortschritt und sozialistische Errungenschaften.

Wir wollen endlich wieder frei sein wie die Väter waren und als ein Volk von Brüdern zusammenleben.

DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN ALLEIN!

DEUTSCHLAND geht uns ÜBER ALLES IN DER WELT!

Und dann:
FREIHEIT FÜR ALLE unterdrückten VÖLKER der Erde!

FREIHEITSBEWEGUNG DEUTSCHES REICH

Beauftragter:
Manfred Roeder

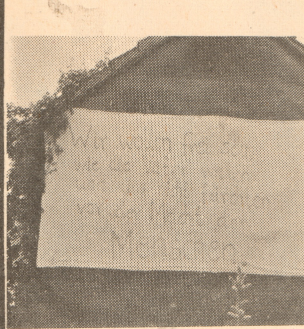
Verkündet am 23. Mai 1978, dem 33. Jahrestag der Verhaftung der letzten deutschen Regierung.

Die „durchexerzierte" Demokratie

In Ermershausen hat Demokratie kein Ansehen mehr

Es ist Freitag, der 19. Mai 1978. Eine größere Kolonne Fahrzeuge pirscht sich gegen 3.30 Uhr mit abgeblendeten Scheinwerfern an die Ortschaft Ermershausen heran. Es sind Mannschaftswagen, PKWs, Scheinwerferwagen und andere der Bereitschaftspolizei. Hier und da fallen Autoscheinwerfer gespenstisch auf Bäume, Büsche und Hauswände. Pünktlich gegen 3.45 Uhr erfolgt der sorgfältig ausgearbeitete Überfall auf Ermershausen. Fünf, sechs Wagen jagen zum Rathaus der kleinen Gemeinde. Ein Spezialwagen bleibt mitten auf der Fahrbahn stehen und fährt rasant einen Hubkorb mit Flutlicht in die Höhe, so daß die ganze Umgebung taghell erstrahlt. Ein anderer Wagen mit Blaulicht fährt direkt an die linke vordere Ecke des Rathauses an der sich die Alarmanlage für die Ortschaft befindet. Andere Wagen umzingeln das Haus. Die übrigen Fahrzeuge verteilen sich gleichmäßig und riegeln damit das Dorf hermetisch gegen die Außenwelt ab. In Sekundenschnelle haben sich ca. 1000 Polizisten mit Schlagstöcken, Schutzschilden sowie den bekannten weißen Helmen in der etwa 1000 Einwohner zählenden Gemeinde verteilt. Ziel dieses "terroristisch - demokratischen Staatsaktes" war es, Akten und Mobilar der Gemeindeverwaltung Ermershausen mit roher Gewalt aus dem Rathaus zu holen und nach Maroldsweisach zu bringen, damit die Eingemeindung von Ermershausen nach Maroldsweisach zur neuen Großgemeinde "vollstreckt" werden kann. Die Gemeinde Ermershausen hatte sich nämlich strikt geweigert (siehe Aussage Kanzler Schmidt), ihre Selbständigkeit aufzugeben. Es waren deshalb schon vorher die Schlösser des Rathauses von der Bevölkerung mit Blei ausgegossen worden, und man hatte auch die Landesregierung nicht darüber im Unklaren gelassen, daß sich die Ermeshausener Bürger notfalls mit Gewalt gegen diese "demokratische" Gebietsreform zur Wehr setzen würden. So schnell und präzise dieser Überfall auch stattfand, innerhalb kürzester Zeit war der ganze Ort auf den Beinen. Außerhalb der Ortschaft leiteten Polizeisperren den Verkehr um. Ganze Polizei-Kordons riegelten das Rathaus ab, so daß niemand herankam. Polizeifotographen waren eifrig dabei, rebellierende Bürger aufs Bild zu bannen. Nachdem es den Einwohnern nicht gelungen war, die Kirchenglocken zu betätigen - denn auch um die Kirche wurde hart gekämpft - sowie die Feuerwehrsirene in Gang zu setzen, entschlossen sich die Autobesitzer zu einem gewaltigen Hupkonzert.





Der Bürgermeister von Ermershausen sagt aus: "Die Polizisten sind auf unsere Einwohner los wie wild. Eine alte Frau haben sie einfach umgerempelt. Und den Zeitpunkt ihres Überfalls haben sie genau ausbaldowert. Genau um 3.45 Uhr kamen die Polizeibeamten; da waren die 60 stärksten Burschen aus unserem Dorf, die Landjugend, gerade mit dem Pfarrer zu einer Busfahrt in die Alpen unterwegs".



Schon von weitem konnte man die Reaktion der aufgebrachten Bürger hören, die sich zum Teil mit Gewalt Zugang zum Rathaus verschaffen wollten, doch der zahlenmäßigen Übermacht der Polizei nicht gewachsen waren. Nach ca. einer Stunde war die Aktion gelaufen. Das gesamte Aktenmaterial aus dem Rathaus war mit LKWs abtransportiert und nach Maroldsweisach gebracht worden, wo es jetzt der dortigen Verwaltung zur Verfügung steht. Nicht mal ein Radiergummi blieb in Ermershausen zurück, nur leere, kahle Räume.
Beim Abzug der "Überfalltruppen" kam es noch zu verschiedenen Handgreiflichkeiten, die aber zu keinen schwereren Verletzungen führten. Danach hielt sich ein Einsatzkommando noch außerhalb der Ortschaft auf. Als im Ort das Polizeiheer abgezogen war, errichteten die Einwohner von Ermershausen mit einem dicken Baum und einem Autowrack eine Straßensperre, die den ganzen Tag über vorhanden war. Gegen Abend wurde dieses Autowrack angezündet. Erst nach über 12 Stunden wurde die B 279, wieder durch Polizeieinsatz, für den Durchgangsverkehr frei.



Warum sträubten sich die Ermeshausener so sehr gegen die Eingemeindung nach Maroldsweisach? Diese Frage ist einfach zu beantworten. Ermershausen hat schon seit Jahrhunderten seine Selbständigkeit mit ordentlicher Finanzhaltung bewiesen. Dagegen hat Maroldsweisach mit offensichtlich schlechter Kommunalpolitik eine typisch "demokratische Verschuldung". Mit Recht sagen nun die Ermeshausener Bürger: Warum sollen wir mit unserem gefüllten Dorfsäckel die Schulden der Maroldsweisacher bezahlen? Wir haben uns immer selbst regieren können und sonst ist auch alles in Ordnung. Und wahrlich, wenn man durch Ermershausen geht, es ist ein vorbildlich sauberer Flecken in Deutschland. Die Häuser sind sehr gepflegt, die Straßen piekobello sauber und eine schöne Sportplatzanlage krönt das Ganze.

Natürlich haben alle "demokratischen" Organe einschl. Presse diesen Einsatz heruntergespielt und teilweise von 150 bzw. 200 Beamten gesprochen. Sogar die Bürger von Ermershausen sind noch höflich genug und sprechen öffentlich von "nur" 600 Beamten. Aber hinter der vorgehaltenen Hand hörte unser Reporter immer wieder: Es waren mindestens 1000 Polizisten!

Inzwischen sind einige Monate ins Land gegangen, aber wer heute durch Ermershausen fährt, sieht jedes Haus mit einem großen, bettlakenähnlichen Transparent verziert, auf dem der jeweilige Einwohner seinen Unmut über diesen Polizeistaat ausdrückt.

Wir von der Deutschen Bürgerinitiative rufen Euch laut zu:
"Bravo, Ermeshausener Bürger, Ihr habt Euch tapfer gehalten! Und Recht hattet Ihr auch (siehe oben - Kanzler Schmidts Aussage: 'sich öffentlich und konkret wehren!')!"

Hans von Schnevoigt







